

Baruther Anzeiger

Beilage mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Mark). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Sürchen, Baruth (Mark). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 11 Dienstag, den 26. Januar 1926

Ministervorstellung beim Reichspräsidenten.

4 Berlin. Reichspräsident von Hindenburg empfing die ins Kabinett neu eintretenden Kabinettsminister Dr. Kütz und Dr. Reinhold und den neuen Reichsjustizminister Dr. Marx.

In der Sitzung des Reichskabinetts wurden die neuen Minister durch den Reichszugler Dr. Luther begrüßt. Darauf gab der Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen Überblick über die außenpolitische Lage, und das Kabinett nahm einen Bericht über den Stand der Wirtschaftsverhandlungen mit dem Auslande, insbesondere mit Frankreich, entgegen. Die Regierungserklärung war bisher noch nicht Gegenstand der Beratung des Reichskabinetts, für sie soll vielmehr in den nächsten Tagen eine besondere Sitzung des Reichskabinetts stattfinden.

Stimme der Vernunft.

4 London. Ein Londoner Blatt schreibt, es wäre die höchste Zeit gewesen, daß sich Deutschland über die englische und französische Nichterfüllung der in London wegen Verminderung der Rheinlandbesatzung gegebenen Zusicherungen beschwerte. Die Lage befände sich in einer schwierigen Lage. England könne aber nichtsdestoweniger keinesfalls seine Truppen vermindern, ohne befürchten zu müssen, daß es deshalb das Prestige verlore. Die englische Regierung fürchtete dies; denn 8000 Mann englischer Truppen (einst im Vergleich zu 60 000 Franzosen) zu wenig. Aber es könne kein Prestigeverlust erfolgen, wenn man die logischen Folgerungen aus den Locarno-Verträgen ziehe und die deutschen Gründe zur Beschwerde befeitige.

Kritik am Dawesplan.

4 Berlin. Der bekannte Großindustrielle Geheimrat Dr. Hugenberg gab einem Vertreter eines amerikanischen Blattes seine Ansicht über die Folgen des Dawesplanes für Deutschland kund.

Dr. Hugenberg wies zuerst die amerikanische Anschauung, daß die im Dawesgutachten erwähnte „Entschuldung der deutschen Wirtschaft“ leicht und reibungslos erreicht werden sei, zurück. Diese sogenannte Entschuldung nennt er eine der größten wirtschaftlichen Katastrophen, die jemals ein Volk betroffen hat.

Etwa 45 Millionen Menschen, das sind 70 Prozent der deutschen Bevölkerung, hätten durch die Inflation und die „Entschuldung“ ihr Vermögen bis auf den letzten Pfennig verloren. Das sei das Ergebnis der „Verbesserung“ der Lage Deutschlands infolge der „Entschuldung“.

Diese Not sei der Grund für die gereizte Stimmung und das starke Mißtrauen gegen alle Neuerungen des Auslandes. Erst wenn alle klar erkannt hätten, was die jährlichen Zahlungen von 2,5 Milliarden Mark an das Ausland für die deutsche Wirtschaft bedeuten, werde sich die Vorstellung bilden, daß jede Hoffnung auf Verbesserung verächtlich sei und daß nur eine Verzweiflungstat die Rettung bringen könne. Diese Verzweiflung werde Deutschland dem Bolschewismus in die Arme treiben. Amerika habe eine große Verantwortung übernommen, von der das Schicksal Europas abhängt. Es müsse einsehen, daß Deutschland niemals in Geld, sondern nur in Waren zahlen könne. Das erfordere aber, daß die hohen Zollschranken gegen die deutsche Einfuhr fielen.

Die Enteignung der Deutschen in Polen.

4 Warschau. Von den 7300 Hektar, die in Pommern zwangsweise enteignet werden, entfallen 6500 Hektar auf den deutschen und nur 800 Hektar auf den polnischen Grundbesitz. In Polen ist das Verhältnis noch ungleich: Von den 4450 zur Enteignung kommenden Hektar sind heute 300 in deutschen und nur 150 Hektar in polnischer Hand.

Insgesamt werden in ehemaligen preussischen Gebiet 8000 Hektar des deutschen Grundbesitzes und nur 950 des polnischen Grundbesitzes parzelliert, das heißt, wie namhafte Parlamentarier der Regierungsmehrheit angekündigt haben, mit polnischen Kleinrentnern besetzt. Es wurden also in Polen und Pommern mehr als 90 Prozent, im gesamten polnischen Staatsgebiet etwa 20 Prozent der Enteignungsfläche den Deutschen fortgenommen.

Rheinlandreise des Reichspräsidenten im März.

Köln. Der Besuch des Reichspräsidenten in dem von der Besatzung geräumten Gebiet, der für den 28. Februar in Aussicht genommen war, wird im März (nicht erst im Sommer) stattfinden, da für den 28. Februar der Reichstrauertag angelegt ist. Ueber den Empfang des Reichspräsidenten finden zurzeit Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, dem Preussischen Innenminister und dem Kölner Oberbürgermeister statt. Oberbürgermeister Dr. A. B. Bauer, der zurzeit in Berlin weilt, wird demnächst vom Reichspräsidenten empfangen werden.

4 Berlin. Der Reichspräsident hat den Regierungspräsidenten Dr. Haslunde zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Der neue Reichsernährungsminister, Dr. Heinrich Haslunde, ist am 21. Mai 1881 in Berlin geboren. Er besuchte dort das Gymnasium und studierte an den Universitäten in Bonn, Heidelberg, Münster, Paris und Berlin. Dann war er als Gerichtsreferendar tätig und später als Regierungsassessor. 1903 wurde er in Leipzig zum Dr. jur. promoviert. Als Professor war er dann bei den Landratsämtern Brilon, Hörde und Arnsberg tätig. Am 21. Dezember 1916 wurde er Landrat in Arnsberg. Den Krieg machte er als Batterieführer mit.

Der Protest des besetzten Gebietes.

Von Geh. Oberregierungsrat Dr. G. von Dyander, Mitglied des Reichstages.

Die Stimmung des besetzten Gebietes ist in der Sitzung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete in Gegenwart des neuen Rheinlandministers Marx zum schärfsten und — was wichtiger ist — zu einem völlig einheitlichen Ausdruck gelangt. In seinem Teil Deutschlands wurden so geringe Erwartungen an Locarno geknüpft wie dort. Wenn der sozialdemokratische Abg. Kirchmann seine Ausführungen mit den Worten begann, er und seine Freunde seien ohne jede Illusion nach Locarno gegangen, so gilt dies für das gesamte besetzte Gebiet. Auf Grund siebenjähriger Erfahrungen weiß das besetzte Gebiet, daß von Locarno nach Paris ein sehr weiter und von Paris nach Stobenz ein noch viel weiterer Weg ist. Und trotzdem wird man dem sozialdemokratischen Abgeordneten beipflichten müssen, wenn er fortführt, die Enttäuschung im besetzten Gebiet sei noch erheblich größer, als er für möglich gehalten habe. Weder die Fortdauer noch die Handhabung der Besatzung sei mit dem Geist von Locarno vereinbar. Es will etwas sagen, wenn nach Mitteilungen der Regierung noch sämtliche Ordnungen, auch die zum Schutze des Separatismus, in Kraft sind, wenn die Reform der Militärjustiz nicht einmal begonnen hat und die Gendarmerie unvermindert weiterbesteht.

Die Räumung der ersten Zone, die nicht einmal zu den „Rückwirkungen“, sondern zu den „Voraussetzungen“ von Locarno gehört, schreitet mit schmerzhafter Langsamkeit vorwärts. Der Regierungsvizepräsident, Generalkommisär Dr. Schmidt, führte zum Beweis der sich vollziehenden Räumung im ganzen zwei Orte auf — er nannte Cleve und Siegburg —, die tatsächlich geräumt seien. Das Empfindliche bleibt doch, daß von einer Entlastung der zweiten und dritten Zone vorläufig keine Rede ist. Sogar die französische Eisenbahnsektion (Section Rhénane) bleibt besetzt in Wiesbaden und nimmt dort 150 Wohnungen in Anspruch. Als der Regierungsvizepräsident mitteilte, daß in der Zeit vom 15. September bis 15. Dezember von rund 5400 beschlagnahmten Wohnungen mit 22 500 Zimmern rund 100 freigegeben seien, rief ihm der Zentrumsgesandnete von Guézard zu, daß soeben zahlreiche Neubeschlagnahmen vorgenommen seien, und der Regierungsvizepräsident gab zu, daß es sich jetzt (Ende Januar) vermutlich um ein nicht unerhebliches Plus an beschlagnahmten Wohnungen gegenüber der Zeit vor Locarno handle. Der demokratische Abg. Kaschik konstatierte, daß die Maßnahmen der französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz zum Teil einen „Rückfall in die schlimmsten Zustände vor drei Jahren“ darstelle. In Ludwigshafen erscheine ein neues Separatistenblatt, herausgegeben von einem Erwerbslosen, der sich als „Major“ der Separatistenarmee feierlich einen sehr irden Namen gemacht habe. Woher habe der Mann die Mittel, um ein neues Blatt zu begründen? Geyellens Wallraf verlas die Londoner Meldung der Berliner „Vossischen Zeitung“, wonach „Deutschland niemals die Zusagen erhalten habe, daß die Besatzung auf die Stärke zurückgeführt werde, die der deutschen Truppenzahl im Rheinland vor dem Kriege entsprechen würde“. Der Kommisär des Auswärtigen Amtes wies nach, daß eine derartige Behauptung im schärfsten Gegensatz zu der nach Locarno ergangenen Botenschaft stehen würde. Zum Schluß vereinbarten sich sämtliche Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, zu einem gemeinsamen Antrag, der die Regierung ersucht, „mit stärkstem Nachdruck und unter Anwendung aller Mittel“ darauf hinzuwirken, daß die Besatzung baldigt zurückgezogen und die Wüstung im Saargebiet freigegeben werde, und daß bis zur Erreichung dieses Zieles die zugesagte Verminderung der Besatzung und die Verminderung in der Zahl der Garnisonorte usw. durchgeführt werde. Der Antrag fand bei Stimmhaltung der Kommunisten einstimmige Annahme. Die Deutschsozialistische Freiheitspartei war nicht vertreten. Man wird sagen müssen, daß im Reich-

tag seit vielen Jahren keine Sitzung stattgefunden hat, die eine derartige Einheitlichkeit der Auffassung in so eindrucksvoller Weise zum Ausdruck gebracht hätte.

Matrosenmeuterei und Revolutionsausbruch.

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß über den Zusammenbruch von 1918.

4 Berlin. Der Reichstagsuntersuchungsausschuß zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs setzte seine öffentlichen Verhandlungen fort. Das Wort erhielt sofort wieder der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann, um seinen abgebrochenen Bericht zu Ende zu führen.

Dittmann erklärte, aus den Äußerungen hervorzuheben Persönlichkeiten gehe hervor, daß 1917 die Matrosenmeuterei zu einer Waffe gegen die Linke sozialistischen hätten gemacht werden sollen. Diese Tendenz habe die ganzen kriegsgerichtlichen Verfahren beherrscht.

Das Geständnis des Matrosen Calmus.

Am Morgen des 19. Oktober wäre vom Kriegsgerichtsrat Dr. Bösch beim Reichsmarinenaum ein Telegramm eingegangen, dessen Kernstelle lautete: „Nach Geständnis des Angeklagten Calmus Hauptverhandlungstermin Mittwoch, den 10. Oktober. Es kommt Hochverrat in Frage gegen die Person Seiner Majestät, Urheber, nach Geständnis des Calmus, Reichstagsabgeordneter Dittmann und Ledebour im Verein mit Offizieren in deutscher Uniform, insbesondere englische und französische Offiziere. Calmus will Geständnis wiederholen in Hauptverhandlung.“ Calmus behauptet am 2. August während seines Urlaubes die U.S.P.-Zentrale in Berlin besucht zu haben. Auf der Treppe sei er von Dittmann abgefangen worden, und auf der Straße habe sich Ledebour zu ihnen gefügt. In einer sehr vornehm eingerichteten Wohnung seien sie von drei Offizieren erwartet worden. Man habe gegessen und getrunken und dann habe Ledebour den Plan der Matrosenmeuterei auseinandergesetzt. Dittmann habe ihm 5000 Mark für die Organisation an Bord versprochen. Außerdem sollte bei der nächsten Anwesenheit des Kaisers in Wilhelmshaven ein Attentat mit einer Höllemaschine verübt werden. Calmus würde 10 000 Mark Handgeld bekommen. Für seine Flucht sei alles vorbereitet. Nach dem Gelingen des Attentates sollte er noch das Besatzungsgehalt erhalten. Die Sache sei dem Calmus unheimlich geworden. Er sei aufgegriffen und habe mit gezogenem Revolver die Anwesenden aufgefordert, den Attentatsplan zu zerreißen. Das habe man auch getan. In diese abenteuerliche Geschichte hat Dr. Bösch fest geklärt. Calmus wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Später hat man mit ihm die Straßen in Berlin abgesehen, aber das Haus nicht gefunden, wo er gewesen sein wollte. Bei den folgenden eingehenden Vernehmungen stellte der Untersuchungsrichter fest, daß ich am 2. August, wo sich die Geschichte mit Calmus ereignet haben sollte, ebenso wie Ledebour, in Schweden gewest habe. Um mir Gewißheit über die Sache zu verschaffen, habe ich die jetzige Adresse des Calmus festgestellt und ihn im letzten Sommer aufgesucht. Er erklärte mir, daß es nur ein Ablenkungsmanöver gewesen sei.

Der Ursprung der Revolution.

Als auf Drängen Hindenburgs und Ludendorffs das deutsche Waffenstillstandsangebot herauskam, haben Heizer und Matrosen mit siebenben Nerven auf jede Nachricht gewartet, die ihnen die Erlösung aus ihrer Schiffscholle in greifbare Nähe rückte. In dieser Situation plante die Admiralität, auf eigene Faust einen Flottenvorstoß gegen England. Die Mannschaften haben ihn verhindert. Die Behauptung, daß die U. S. P. Schuld daran gewesen sei, ist falsch. Hinter dem Rücken der Reichsregierung und des Kaisers ist der Flottenvorstoß auf eigene Faust verurteilt worden. Das war offene Meuterei, war Hochverrat gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung und gleichzeitig Landesverrat. Nunmehr rebellierten die Heizer und Matrosen gegen die Rebellion der Admirale. Der Flottenvorstoß mußte aufgegeben werden. Sofort wurden scharflose Verhaftungen von Heizern und Matrosen vorgenommen, aber die Mannschaften erzwangen mit Gewalt die Freilassung. Die Rebellion wurde zur Revolution. Sie war der Funke, der im ganzen Reich und in der Armee die gleiche Explosion hervorrief.

Die Erwidrerung des Reichsmarinenaums.

Als Vertreter des Reichsmarinenaums nahm Korvettenkapitän Canaris zur Erwidrerung das Wort. Er erklärte zunächst, daß Viceadmiral v. Trotha, der in der kritischen Zeit Chef des Stabes der Hochseeflotte war, die Befehlsbefugnisse des Abg. Dittmann über die Zustände auf den Schiffen widerlegen und beweisen werde, daß bis zum Schluß in der Marine bis